Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1911

240 (2.9.1911) 2. Blatt

Visual Library

Nr. 240. 2. Blatt

Karlsruher Zeitung

2. September 1911

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

Volkswirtschaftliches.

* Uhrenindustrie im badischen Schwarzwald.

Über die Uhrenindustrie im Schwarzwald enthält der **Jahresbericht der Schwarzwälder Handelskammer** in Villingen für das Jahr 1910 folgende interessante Angaben:

Die Geschäftslage in der Uhrenindustrie kann im allgemeinen als recht günstig bezeichnet werden. Von allen Seiten wurde berichtet, daß die Beschäftigung sehr lebhaft und in anhaltender Zunahme begriffen war. Dagegen wird allgemein lebhaft beklagt, daß in den Verkaufspreisen keine Besserung zu erzielen war und in manchen Artikeln sogar ein Preisrückgang eingetreten ist. Den gedrückten Preisen in der Uhrenindustrie standen nicht unbedeutende Preissteigerungen für einzelne Rohmaterialien und fortgesetzt steigende Arbeitslöhne gegenüber. Das Mißverhältnis zwischen Verkaufspreisen und Herstellungskosten wurde um so unangenehmer empfunden, da man damit gerechnet hatte, daß mit der Hebung der Kaufkraft eine Steigerung der Preise eintreten werde. Die zunehmende Kaufkraft zeigte sich in Deutschland insbesondere in einer größeren Nachfrage nach besserer Ware. Das Ausland war ein guter Abnehmer, wenn auch die Ausfuhr nach einigen Ländern wie Österreich-Ungarn, Frankreich und Italien wegen der hohen Einfuhrzölle und Erschwerungen im Zollabfertigungsverfahren mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat.

Dem Bericht einer größeren Uhrenfabrik, der eine ausführliche Darstellung der geschäftlichen Verhältnisse des Berichtsjahres enthält, ist folgendes zu entnehmen:

Der befriedigende Geschäftsgang, welcher in der letzten Hälfte des Jahres 1909 einsetzte, hielt auch während des Berichtsjahres ohne Unterbrechung an und gestaltete sich im allgemeinen noch lebhafter als im Vorjahre, so daß in den Monaten September und Oktober für den ganzen Betrieb die Arbeitszeit verlängert werden mußte, um die Weihnachtsaufträge rechtzeitig zur Erledigung zu bringen. Auch fand durch die gesteigerte Nachfrage eine allgemeine Betriebserweiterung statt, die aber wegen Mangel an geeigneten gelernten Arbeitskräften nicht im gewünschten Umfang durchgeführt werden konnte. Trotz weiteren Preisrückganges der sogenannten Stapelartikel erfuhr der Umsatz in diesem Jahr wieder eine Erhöhung, mit dem aber der Ertrag wegen der immer steigenden Arbeitslöhne und Vermehrung der Geschäftsunkosten nicht gleichen Schritt hielt. Das allgemeine Bestreben, durch vermehrte Produktion und größere Umsätze einen höheren Ertrag zu erzielen, verursachte ein größeres Angebot, das die Preise sehr drückte. Günstig für die Fabrikation war der niedere Preisstand des wichtigsten Rohmaterials, des Messings, während für Hartholzer zur Gehäusefabrikation erhöhte Preise angelegt werden mußten. Der allgemeinen Lebensmittelteuerung folgte naturgemäß auch eine Steigerung der Löhne, die bei den ungelernten Arbeitern (Taglöhnern) besonders in die Erscheinung trat und sich auch auf die Wintermonate erstreckte, obwohl zur Winterzeit bei dieser Kategorie von Arbeitern ein größeres Angebot vorhanden ist. Die Kreditverhältnisse haben sich in unserm Geschäftszweig noch nicht gebessert. Es werden seitens der Konkurrenz immer noch zu **große Kredite bewilligt**, so daß die Käufer häufig in ein vollständiges Abhängigkeitsverhältnis zum Fabrikanten treten und infolgedessen gezwungen sind, ihren Bedarf ausschließlich bei einer Fabrik zu decken. Die Zahlungsweise hat sich durch die Einführung des Postscheckverkehrs bei einer großen Anzahl von Kunden gebessert. Während vorher fast durchweg kleine Wechsel in Deckung gegeben wurden, so werden jetzt die schuldigen Beträge von einem großen Teil der Kundschaft dem Postscheckkonto überwiesen, so daß sich diese Neuerung auf dem Gebiete des Zahlungsverkehrs in erfreulicher Weise bewährte. Der bessere Absatz im Inland ließ den wirtschaftlichen Aufschwung deutlich erkennen. Die großen Anforderungen, welche die jetzige Geschmacksrichtung an die äußere Ausstattung der Gehäuse stellt und der zu häufige Musterwechsel erschweren allerdings das Geschäft außerordentlich. Während die Absatzgebiete von Belgien, Holland, Dänemark, England und Rußland sich recht aufnahmefähig erwiesen, blieb dagegen der Absatz nach Frankreich durch die letzte Zollerhöhung, derjenige nach Schweden durch die Folgen des Generalstreiks und der nach Portugal und Spanien durch die ungünstigen politischen Verhältnisse gegen früher etwas zurück. Die Einfuhr der gewöhnlichen Schwarzwälderuhr nach Rußland mußte leider durch die Extraverzollung des Gestelles als Holzware eine weitere Einbuße erfahren. Die dadurch verursachten Zollschwierigkeiten bedingten die Einfuhr der Uhren in unfertigem Zustande, was zweifellos eine bleibende Verminderung des Absatzes zur Folge haben wird. Durch die Zollerhöhung in Frankreich ist das deutsche Fabrikat u. den billigen Weckern gegenüber dem inländischen nicht mhr konkurrenzfähig, so daß dieses Absatzgebiet in kurzer Zeit für die Stapelartikel ebenfalls verloren sein wird. Das Exportgeschäft nach überseeischen Ländern läßt noch zu wünschen übrig und wird für bessere Fabrikate immer schwierig bleiben, da die Exporteure, denen in der Regel die Qualitätsbeurteilung abgeht, meistens den billigen Fabrikaten den Vorzug geben, wenn nicht gerade eine bessere Marke von den überseeischen Geschäften vorgeschrieben wird. Das Verlangen nach höherem Musterrabatt tritt immer mehr hervor; während die Exporteure sich früher mit 10 Prozent begnügten, verlangen sie jetzt fast allgemein 25 Prozent, ohne daß dadurch auf die Mustersendungen mehr und größere Aufträge folgten. In den Arbeitsverhältnissen hat sich, abgesehen von immer größeren Lohnansprüchen bei relativ geringerer Leistung, wenig geändert.

Der **Arbeiterwechsel** der jüngeren Elemente war größer als früher, was bei gutem Geschäftsgang regelmäßig wahrzunehmen ist. Der Mangel an tüchtigen Uhrmachern und Gehäusetischlern macht sich immr mehr fühlbar; um hierin wirksame Abhilfe zu schaffen, muß der Ausbildung von Lehrlingen als Nachwuchs wieder größere Aufmerksamkeit zugewendet werden. Die Quartierwirte beklagen sich häufig darüber, daß ihnen oft Verluste durch Nichtbezahlung des Kostgeldes, besonders seitens der jüngeren Arbeiter entstehen. Bedauerlicherweise bietet das Gesetz keinerlei Handhabe, diese Kostgeber vor Verlust zu schützen, denn nach einer kürzlich wieder veröffentlichten Verordnung dürfen solche Beträge, bei Androhung einer Strafe, selbst wenn der Arbeiter hierzu die schriftliche Einwilligung erteilt, seitens des Arbeitgebers vom Lohne nicht gekürzt werden.

Wenn auch im allgemeinen zugegeben werden muß, daß ein Aufschwung und eine Besserung der Geschäftslage stattgefunden hat, ohne daß allerdings der finanzielle Erfolg damit gleichen Schritt hielt, so läßt doch dieser Umstand das Gefühl der Befriedigung in der Geschäftswelt und besonders auch in unserer Industrie nicht so recht aufkommen. **Mit bangem Herzen** sieht man **weiteren Belastungen der Industrie auf sozialpolitischem Gebiete entgegen** und auch die ständige Verteuerung der notwendigen Lebensmittel, welche immer eine Erhöhung der Arbeitslöhne zur Folge hatten, geben zu Bedenken Anlaß, ob diese in der Hauptsache der Industrie aufgebürdeten großen Lasten in der Zukunft von dieser ohne schwere Schädigung und ohne ungünstige Beeinflussung für deren gesunde Weiterentwicklung und deren Wettbewerbsmöglichkeit getragen werden können.

Die Erhöhung der Milchpreise.

Die Zahl der Plätze, an denen der Milchpreis eine Erhöhung erfährt, ist in fortwährendem Steigen begriffen. Die Bewegung setzte Mitte Juli kräftig ein und erreichte im August ihren Höhepunkt. Aber auch für den September ist an verschiedenen Orten schon eine Erhöhung des Preises angekündigt. In der Regel wurde und wird der Preis um 2 Pf. für das Liter in die Höhe gesetzt. Eine zusammenfassende Übersicht über die Bewegung des Milchpreises an den größeren deutschen Plätzen liegt, wie die „Arbeitsmarkt-Korr." schreibt, erst für den Monat Juli vor. Danach stieg der Literpreis in diesem Monat in Memel von 12 auf 14, in Stettin von 20 auf 22, in Gleiwitz von 18 auf 20, in Oppeln von 17 auf 20, in Stendal von 18 auf 20, in Neumünster von 16 auf 18, in Wilhelmshaven von 16 auf 17, in Düsseldorf von 21 auf 22, in Meißen von 18 auf 20, in Karlsruhe von 20 auf 22, in Gotha von 18 auf 20, in Straßburg von 20 auf 22 und in Lübeck von 18 auf 20 Pf. Im August ist, wie die schon vorliegenden Nachweise ergeben, die Zahl der Plätze mit Milchpreiserhöhungen erheblich größer als im Juli. Begründet wird die Erhöhung fast durchweg mit dem Hinweis auf die **unzureichende Futterernte** und auf die Wirkungen der Viehseuchen. Überall dort, wo Produzenten und Händler gemeinsam vorgingen, ist es verhältnismäßig leicht gewesen, den Preis in die Höhe zu setzen. Schon weit schwieriger und zum Teil unmöglich war die Erhöhung, wenn die Milchhändler nicht oder nur zum Teil mitmachten. Indem die Verbraucher die Milchhändler, die zu den bisherigen Preisen lieferten, unterstützten, machten sie es den andern Händlern unmöglich, an dem höheren Preis festzuhalten. In Sterkrade z. B. wollten die Händler den Literpreis gleich um 4 Pf. auf 24 Pf. erhöhen. Schon nach ein paar Tagen ging man aber wieder um 2 Pf. herunter, und auch dieser Preis wird sich kaum halten lassen, da einige Händler nach wie vor zu 20 Pf. verkaufen. In Braunschweig wollten die Milchhändler ebenfalls den Preis in die Höhe setzen, aber die Braunschweigische Molkereigenossenschaft machte dieser Absicht einen Strich durch die Rechnung. Um ihren Absatz am Platze auf Kosten der kleinen Milchhändler zu vergrößern, hält die Genossenschaft am alten Satze fest; sie hat von den Produzenten der Umgegend täglich etwa 1200 Liter Milch zu dem Preise von 16 Pf. für das Liter angekauft. Auch dort wird die Milchpreiserhöhung erschwert, wo **Konsumvereine sich mit dem Milchvertrieb befassen.** So ist z. B. in Bremerhaven und Umgegend ein Aufschlag von 20 Pf. auf 22 Pf. das Liter vorgenommen worden. Der Konsumverein liefert aber Flaschenmilch zu 21 Pf. das Liter. Die Arbeiterschaft hat nun beschlossen, den Boykott aller nicht zum alten Preis verkauften Milch zu empfehlen. Auch in Essen scheiterte die Milchpreiserhöhung an dem Vorhandensein des genossenschaftlichen Vertriebs, durch den zu den alten Preisen weitergeliefert wurde. Die Vorteile dieser Vertriebsweise für die Verbraucher regen zur Nacheiferung an. So wollen die Konsumenten in Hamborn, wo der Milchpreis von 20 auf 22 Pf. hinaufgegangen ist, die genossenschaftliche Versorgung von Milch in die Wege leiten. In **Hamburg** haben zwar die Produzenten höhere Preise dem Handel gegenüber durchzusetzen vermocht, aber die Händler waren bis jetzt nicht in der Lage, die Erhöhung auf die Konsumenten abzuwälzen. Teilweise werden Versuche einer Preissteigerung unternommen, aber durch den Bezug von Frischmilch aus Dänemark und durch stärkere Verwendung von kondensierter Milch wird der allgemeinen Erhöhung wirksam entgegengearbeitet. Die Verwendung **kondensierter Milch** nimmt angesichts der Verteuerung der frischen Milch an vielen Plätzen merklich zu. So wird z. B. auch aus Guben berichtet, daß die Arbeiterschaft augenblicklich hauptsächlich kondensierte Milch verwende, die im Preise sogar noch in jüngster Zeit zurückgegangen sei. Vorläufig dauert der Kampf um den Milchpreis noch in ungeminderter Lebendigkeit fort. Aber schon heute kann als sicher angenommen werden, daß an den meisten Plätzen die Erhöhung um 2 Pf. für das Liter durchgeführt werden wird, daß aber infolge der diesmaligen Erhöhung die Verbraucher sich veranlaßt sehen werden, dem genossenschaftlichen Vertrieb erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken.

Offizier und Staatsbürgerkunde.*

II.

Unsere erste Betrachtung suchte die Grenzen für die Möglichkeit tätiger Teilnahme des Offiziers am politischen Leben der Gegenwart. Das soziale Gebiet schien hierfür vorbehalten. Der gute Wille dazu ist sicher auch an vielen Stellen vorhanden; aber Wille ist noch nicht Weg. Eine richtig angelegte Tätigkeit, die auch richtig gewürdigt werden soll, erfordert bestimmte **Grundlagen an Bildung, nicht nur Charakter.** Darum muß der Offizier, wenn er seine Aufgabe als Volkserzieher erfüllen will, mehr als andere rückblicken, einblicken, ausblicken können und dazu bedarf er **vertiefter historischer, staats- und volkswirtschaftlicher Kenntnisse.**

An maßgebender Stelle scheint man zu fühlen, daß die allgemeine Bildung im Offizierkorps einer gewissen Ergänzung bedarf. Nach einer Pressenachricht hat nämlich der preußische Kriegsminister angeordnet, daß geeignete Offiziere der Reserve und Landwehr ersucht werden sollen, innerhalb der aktiven Offizierkorps Vorträge über Geldverkehr, Post- und Telegrapheneinrichtungen, Eisenbahnwesen, Bergbau, Geschichte, Geographie, Entwicklung der Kunst und andere „zeitgemäße" Fragen zu halten. Der Wortlaut der betreffenden Verfügung ist uns nicht bekannt. Staatswissenschaften scheinen danach jedenfalls nicht im Vordergrunde zu stehen, wie denn unserer Beobachtung nach ein Bedürfnis zur Vertiefung in staatswissenschaftliche Fragen bisher dem Offizierkorps im ganzen und meist auch dem einzelnen fremd ist. In der Regel ist der Offizier hierin — sit venia verbo — der „reine" Tor, ein unbeschriebenes Blatt. In der Schule hat er Staatsbürgerkunde nicht gelernt; im Kadettenkorps und auf der Kriegsschule hört er ebenfalls nur von seinen augenblicklichen und künftigen militärischen Pflichten, nichts von seinen **Aufgaben als Mensch und Staatsbürger.** Er beginnt sein Erziehungswerk in jungen Jahren, unter dem Eindruck einer vorgeschriebenen, keineswegs erlebten Lebensanschauung. Damit befindet er sich — und zwar um so mehr, je schärfer sein Charakter nach einseitigen Berufsauffassungen sich weiterbildet — in einem gewissen Gegensatz zu seinen Soldaten, die ihn unberührt und anscheinend gesichert sehen gegen alle Folgen sozialer Wandlungen, deren tiefe Erfahrung bei seinen Untergebenen oft schon sehr lebendig ist.

Nun geht neuerdings das öffentliche Bestreben dahin, einmal durch Einführung von Kursen über Staatsbürgerkunde an den höheren Lehranstalten der Gesellschaft national und politisch erzogene Jünglinge zuzuführen; anderseits möchte man mit Hilfe der Jugendpflege den radikalen Tendenzen einzelner Volksklassen durch nationalen Einschlag einen Riegel vorschieben. Beide so — mehr oder minder erfolgreich — vorbereitete Elemente fließen dann durch die große „Schule des Heeres". Diese aber hat vor allen anderen Bildungsgemeinschaften des öffentlichen Lebens auch den wesentlichen Vorzug, daß in ihr die für Deutschland sonst so störenden **konfessionellen Unterschiede keine Rolle spielen.** Hier sind diese Hemmungen ausgeschaltet. Darum eben dürfte die Aussöhnung innerpolitischer Gegensätze von der Arbeit im Heere ernstlich zu hoffen sein.

Allerdings erfordert das beim erziehenden Teil ebenso viel Verständnis für das Gewordene wie für das Gewesene. Freilich nicht in der Nachgiebigkeit gegen die materielle Genußsucht im Volke, sondern in der **Förderung der praktischen Ergebnisse der sozialen Entwicklung,** in der Anerkennung des gewonnenen Intelligenzstandpunktes scheint mir das geeignete Mittel zu liegen. Daß die Grundsätze in Anwendung der Strafgewalt, für Behandlung und in der Fürsorge gegenüber den Soldaten ganz andere sind als etwa vor 40 Jahren, ist nicht zum wenigsten auch eine Folge des bei der Masse unseres Ersatzes gesteigerten Bildungsgrades. Im militärischen Dienst schwindet überall mehr und mehr die Schablone. Ein wesentliches Ziel unserer taktischen Ausbildung bei der Hauptwaffe ist die auf zweckvolles Zusammenwirken mit anderen gerichtete Individualisierung des Schützen wie des Unterführers geworden. Das können wir trotz der kurzen Dienstzeit nur anstreben, weil unsere Mannschaft helleren Auges und Geistes als früher zur Fahne kommt: der praktische Sinn und das gesteigerte Auffassungsvermögen sind ihnen im modernen Erwerbsleben aufgegangen. Sie bringen zur Truppe aus ihrem früheren Beruf mannigfache Kenntnisse mit, deren Pflege und Erweiterung sich angedeihen zu lassen seitens der Vorgesetzten gewiß nicht unrichtig wäre.

* Vergl. Nr. 239.

Mitteilungen aus Kunst und Wissenschaft.

Die Entscheidung des Kaisers über das Berliner Neue Opernhaus.

Wie wir erfahren, sind die Vorarbeiten für den Neubau des Opernhauses und die Verhandlungen, die über das endgültige Bauprogramm mit der Generalintendantur gepflogen sind, nunmehr soweit abgeschlossen, **daß sie in allernächster Zeit der Allerhöchsten Genehmigung unterbreitet** und darnach den für die Ausarbeitung der neuen Entwurfsskizzen in Aussicht genommenen Künstlern (Hofbaurat Ihne, Professor Seeling und Professor Littmann) zugefertigt werden können. Diese dürften dann praktisch an ihre Aufgaben herantreten. Im übrigen sind die in die Presse gelangten Mitteilungen über die Niederlegung des Krollschen Etablissements und den beabsichtigten Ankauf von Häusern „Unter den Zelten" nicht zutreffend. Für den Erwerb von Grundstücken in der genannten Straße sind die erforderlichen Mittel bereits bewilligt worden, und an **den Abbruch des Krollschen Etablissements** kann erst gedacht werden, wenn alle Projekte feststehen und der Niederlegung des Gebäudes die Arbeiten am Neubau auf dem Fuße folgen können. Der Beginn einer wirklichen Bautätigkeit wird aber nicht eher ins Auge gefaßt werden, bevor nicht alle verfassungsmäßigen Organe ihre Zustimmung zu den Plänen erteilt haben. Im nächsten preußischen Etat werden daher nur Mittel gefordert werden, die als Vorbereitungsrate einzustellen sind. Voraussetzung für die Bewilligung dieser Rate dürfte allerdings sein, daß dem Landtage eine Vorlage unterbreitet wird, in der die Projekte eine nach jeder Richtung hin eingehene Darstellung — namentlich auch in finanzieller Hinsicht — erfahren sollen. — Was den in der Presse erwähnten Plan betreffend die Errichtung des **Neubaus der Berliner Universität an Stelle des alten Opernhauses** anbetrifft, so dürfte dieses Projekt schon deshalb hinfällig sein, weil der Raum, den das alte Opernhaus einnimmt, **in keiner Weise für das Universitätsgebäude ausreichen könnte.**

Der Magistrat der Stadt **Kiel** hat den Professor Hans **Olde,** den früheren Direktor der Weimarer Kunstschule, beauftragt, ein Bild des Gründers der Stadt Kiel, des Herzogs Adolf von Schauenburg, und des Gründers der Universität, des Herzogs Christian Albrecht, für den Sitzungssaal des neuen Rathauses zu schaffen.

In dem Ortchen See am Mondsee im Salzkammergut wurde an dem Hause, das **Gottfried Keller** während seines mehrwöchigen Aufenthalts dort bewohnt hatte, eine Gedenktafel gestiftet vom Wiener Physiologieprofessor **Exner.**

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

* Die Weinlese vor 100 Jahren.

Aus dem Nachlaß eines alten rheinhessischen Weingutsbesitzers in Rheinhessen kann der in Trier erscheinende „Weinmarkt" eine Schilderung der Weinlese vor 100 Jahren bringen, die ihm ein Nachkomme freundlichst zur Verfügung stellte:

Das Weinjahr 1811 war reich an Quantität und groß an Qualität, und wäre man in der Kultur des Weinbaues soweit gewesen, als in den letzten Dezennien, so hätte der 1811er, nach der Beschreibung der damaligen Weinbauern, sehr wahrscheinlich alle Hauptweine des Jahrhunderts übertroffen. Man kannte wahrscheinlich den höchsten Grad der Traubenreife, die Edelfäule, noch nicht, und fürchtete sogar, daß auch diese Art der Fäulnis dem Weine schädlich wäre. In der zweiten Hälfte des Monats September wurden daher die Trauben, noch in ganz gesundem Zustande und bei der allergünstigsten Witterung, vom Stocke genommen und ohne Gnade der Mostung und der Presse überantwortet. Nachdem man später zufällig den außerordentlichen Erfolg der Edelfäule erkannt hatte, wiederholte sich fortwährend bei jedem folgenden Jahrgange in dem Munde der Winzer das „Wenn und Aber"! Hätte man 1811 die Trauben bis zur Edelfäule hängen lassen — welch ein großer Wein wäre dadurch erzielt worden! Die Witterung war während der Weinlese und noch bis in die Hälfte des Monats Oktober eine rein sommerliche. Winzer und Winzerinnen arbeiteten während derselben schweißtriefend, bis aufs leichteste Gewand entblößt. Die Herbstgeräte wurden unter der Hand lech und die Reife fielen von den Zübern und Bütten. Arbeiter und Arbeiterinnen lagerten beim Mittagsbrot auf bloßer, aber stark erwärmter Erde und suchten Schutz gegen die brennenden Sonnenstrahlen hinter noch dicht belaubten Weinstöcken. Singend und jubelnd über den reichen Herbstsegen, in geschlossenen Reihen, geleitet von einem Fahnenträger und begleitet von „Löhlsknechten" und Bütteträgern, zogen die Winzerinnen, in nettem, nationalem Kostüme zur und von der Arbeit. Die Gärung der Maische begann schon an den Weinbergen, und beim Keltern berauschten sich die Kelterer am gärenden Moste. Die Quantität fiel bei weitem viel reichlicher aus, als sich die Gutsbesitzer taxierten; viele ernteten um die Hälfte mehr. Der Preis war infolgedessen für einen so ausgezeichneten Rebensaft auch ein sehr billiger. Das Stück (1200 Liter) wurde im Herbst durchschnittlich zu 300 Gulden verkauft; später jedoch zu 400 und 500 Gulden. Der Preis des Landweines stellte sich bis in die jüngste Zeit zum Niersteiner wie ein Drittel zu zu zwei Drittel. Namentlich konnte durchschnittlich dieses Verhältnis angenommen werden, mit Ausnahme bevorzugter Orte, wie Hahnheim, Bosenheim, Sauerschwabenheim usw., solange man in der Kultur der Weinberge und der Anlagen besserer Rebensorten noch nicht fortgeschritten war.

Die allgemein und hauptsächlich wohl wegen ihrer reichen Ausgiebigkeit auf dem Lande angebaute Traube war der weiße Elben, hier „Kleinberger" genannt, sehr wässeriger Natur, die aber immerhin einen leichten Wein abgibt. Derselbe würde nach und nach verdrängt und ersetzt durch eine bessere Art, durch den grünen Sylvaner, auch „Ostreicher" genannt, und andere edlere Sorten. —

Der 1811er war ein Kometenwein. Die Winzer behaupteten, daß die Erscheinung eines Kometen ein gutes Weinjahr bedeute; gleichfalls erklärt ihr der Volksmund als ein Zeichen des Krieges und wollte man diesen Glauben in dem unglücklichen Feldzug Napoleons I. 1812 nach Rußland bestätigt finden. So wie er, nebenbei gesagt, für den Vater Napoleons kein gutes Vorzeichen war, so verkündigte er auch dem 1811 geborenen Sohne Napoleons II. keine günstige Zukunft.

Günstige Aussichten für die Weinernte.

Neustadt a. d. H., 30. Aug. Mit welcher Zuversicht man auf die hervorragende Qualität des 1911er Jahrgangs in Fachkreisen rechnet, geht am besten daraus hervor, daß der Ausschuß des Verbandes Rheinpfälzischer Weinhändler Neustadt a. d. H. heute beschlossen hat, seiner Generalversammlung den Vorschlag zu unterbreiten, die kgl. Regierung möge darauf hinwirken, daß für dieses Jahr jede Zuckerung der Pfalzweine unterbleibt. Selbstredend ist hierbei Voraussetzung, daß der Termin der Weinlese allgemein so weit hinausgeschoben wird, daß die Vorbedingungen einer Vollreife erfüllt sind, wie es dem Sinne des neuen Weingesetzes entspricht.

Finanzieller Wochenrückblick.

—m.— **Frankfurt**, 31. August.

Der große **Liquidationsprozeß**, der sich nun schon geraume Zeit hindurch an allen Börsen vollzieht, nahm auch während unserer diesmaligen Berichtsperiode seinen Fortgang. Indessen scheinen sich die Haussepositionen bereits erheblich gelichtet zu haben, da sich das Angebot von Tag zu Tag verringerte und nur noch hier und da größere Effektenposten, zumeist aus Zwangsverkäufen herrührend, an den Markt kamen. Speziell in **Kanada** wollten die Abgaben schier kein Ende nehmen. Das Material darin fand jedoch in **London** zu wenig weichendem Kurse ziemlich schlanke Aufnahme. Nachdem die Prolongation ohne besondere Schwierigkeiten vorübergegangen ist, glaubt man kaum, daß der heutige Ultimo noch unliebsame Überraschungen bringen dürfte. Das kapitalkräftige Publikum benutzte die vielfach ganz erheblichen Kursrückgänge zu Anlagekäufen, so daß das Börsenbild schließlich ein freundlicheres Gepräge erhielt. Die **Marokkoangelegenheit**, die jetzt wieder aktuell wird, berührte die Börse in den letzten Tagen verhältnismäßig wenig, da die Anschauung überwiegt, daß dieselbe zu einem friedlichen Abschluß führen dürfte. Bestärkt wurde man in dieser Hinsicht u. a. durch den Umstand, daß auch der **Kaiser** in seiner Hamburger Rede durchblicken ließ, welch hohen Wert er auf die Wahrung des Friedens legt.

Die Befürchtung, daß der **Metallarbeiterstreik** größere Kreise ziehen werde, hat sich auch mehr und mehr verflüchtigt, man glaubt vielmehr, daß auf beiden Seiten die Geneigtheit zu einer Verständigung vorhanden ist und daß es zu einer solchen kommen dürfte, was allerdings in der gegenwärtigen Zeit, wo alle Betriebe mit Hochdruck arbeiten, nur als wünschenswert angesehen werden könnte. Mehr als diesen Punkten schenkte die Börse dem Umstand Beachtung, daß in Newyork keine bessere Strömung zum Durchbruch kommen will, obwohl allem Anschein nach die wirtschaftlichen Grundlagen daselbst keine ungünstigen sind. Die Baissepartei hat dort immer noch die Oberhand und wenn sich wirklich einmal vorübergehend Anzeichen einer leichten Besserung wahrnehmbar machten, erfolgten weitere Angriffe der Kontremine, so daß das Kursniveau stets von neuem herabgedrückt wurde.

An den **deutschen Börsen** hat sich nach und nach eine **günstigere Strömung** herausgebildet, die, von dem **Montanmarkte** ausgehend, auch auf die anderen Marktgebiete übergriff. Namentlich waren diejenigen Industriewerte, in denen vorher besonders umfangreiche Verkäufe vorgenommen worden waren, stark zurückgekauft, so daß dieselben zumeist einen beträchtlichen Teil der vorher erlittenen Kurseinbußen zurückgewinnen konnten.

Der **Privatdiskont** hat zwar eine leichte Versteifung erfahren und notiert gegenwärtig 3 7/16 Proz., Geld für Prolongationssätze war aber reichlich vorhanden. Der Umstand, daß der **Status der Reichsbank** ein ausgesprochen günstiger ist und der Zentralausschuß dieses Institutes in seiner letzten Sitzung erklärt hat, daß fürs erste keine Diskontoveränderung geplant sei, fachte die Spekulation zu neuer Unternehmungslust an, zumal die gestrigen, teilweise etwas erhöhten Newyorker Notierungen sowie der Wochenbericht des Iron-Age, der sich etwas zuversichtlicher über die Lage des dortigen **Eisenmarktes** ausspricht, sich als stimulierend erwiesen. Allerdings wurde in dem erwähnten Fachblatt darauf hingedeutet, daß die großen Bahngesellschaften immer noch mit ihren Aufträgen zurückhalten, anderseits aber betont, daß der Absatz in vielen Produkten ein recht lebhafter sei. Die Werke des Steel-Trusts sollen jetzt mit 76 Proz. ihrer Leistungsfähigkeit im Betriebe sein. Die Situation der **heimischen Eisenindustrie** wird weiter zuversichtlich beurteilt. Man ist überzeugt, daß die großen Gemischtwerke in diesem Jahre wieder recht günstige Ergebnisse erzielt haben dürften und war speziell für **Phönixaktien** recht fest gestimmt, da das, was bis jetzt über den Geschäftsgang bei diesem Unternehmen durchgesickert ist, auf ein außerordentlich günstiges Jahresergebnis schließen läßt. Vielfach wollte man auch wissen, daß die Dividende eine mäßige Erhöhung erfahren dürfte (man spricht von 16 oder 17 Proz.), doch war in dieser Hinsicht bis jetzt nichts Zuverlässigeres zu erfahren. Die verschiedenen Zahlungseinstellungen einiger unbedeutender Firmen, von denen heute wieder eine in Berlin bekannt wurde, machten verhältnismäßig wenig Eindruck.

Von **Banken** stellten sich Handelsgesellschaft, Deutsche Bank, Diskontogesellschaft, Dresdner, Schaaffhausener Bankverein und von Kassabanken Effektenbank höher, während Darmstädter eine Kleinigkeit nachgaben.

Von **Transportwerten** konnten Shantung sich etwas befestigen, auch Hamburg-Amerikanische Paketfahrt waren gefragt und höher. Die übrigen Sorten sind still und wenig geändert.

Von **Montanpapieren** gewannen Phönix 5 Proz., Deutsch-Luxemburger 3 Proz., Bochumer 2 Proz., während Kaliwerke Aschersleben 1,75 Proz., Eschweiler 1 Proz. einbüßten.

Zementwerte lagen etwas schwächer.

Von **chemischen Werten** stellten sich Holzverkohlung nach stärkerem Rückgang wieder auf das vorwöchentliche Niveau. Ferner gewannen Albert 7 Proz., Scheideanstalt 4 Proz., während Höchster 3 Proz. verloren.

Von **Elektrizitätsaktien** gewannen Edison 3½ Proz., Siemens & Halske 3 Proz., Schuckert 2 Proz.

Von **anderen Industriewerten** stellten sich Fahrzeug Eisenach nach scharfen Rückgängen noch 9½ Proz. unter vorwöchentlichen Kurs. Ferner verloren Mönus 4,40, während Pfälzische Nähmaschinen 1½ Proz. anziehen konnten.

Fonds still und wenig geändert.

Arbeiterbildungswesen in Wien und Berlin. Eine kritische Untersuchung von Hertha Siemering, Doktor der Staatswissenschaften. (Freiburger Volkswirtschaftliche Abhandlungen, 1. Band, 3. Ergänzungsheft.) (VIII und 200 Seiten.) Karlsruhe 1911. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag. Preis im Abonnement M. 3.20, im Einzelverkauf M. 4.—.

Das Buch enthält eine Darstellung aller wichtigen Bildungsinstitutionen der beiden Städte, die dem erwachsenen gewerblichen Arbeiter in seinen Mußestunden zugänglich sind; solcher sowohl, die von Staat oder Kommune oder von einem privaten Verein (von Hochschullehrern, Studenten usw.), als auch solcher, die von den gewerblichen oder politischen Organisationen der Arbeiter selbst getragen werden. Ziele und Leistungen dieser Anstalten werden eingehend betrachtet und bisweilen belebt ein anschauliches Bild die Schilderung. An der Hand dieses Materials untersucht die Verfasserin kritisch die Richtung des Bildungsstrebens der modernen Arbeiter, das aufs engste mit den großen Kulturproblemen unserer Zeit verknüpft erscheint. — Organisation und Finanzierung des Volksbildungswesens und damit des Arbeiterbildungswesens werden ausführlich in einem Anhang dieses Buches behandelt, das außer für den Nationalökonomen von Fach auch für den Sozialpolitiker und den Sozialpädagogen, welcher Berufsstellung sie immer angehören mögen, von Interesse sein dürfte.

Kursbericht der Karlsruher Zeitung.*

Nachdruck verboten. **1. September 1911.**

Deutsche Staatspapiere.

4... Dtsche R. Schatzanw. f. 1/10.11	100.10
4... do. fäll. 1/4.12	100.10
4... do. fäll. 1/7.12	100.10
4... do. Anl. unk. bis 1918	102.—
3½ do.	92.65
3... do.	82.95
4... Preuß. Schatzanw. fäll. 1/10.11	100.10
4... do. fäll. 1/7.12	100.10
4... do. fäll. 1/4.13	100.20
4... Preuß. Cons. unk. b. 1918	102.30
4... do. (Staffelanl.)	99.70
3½ do.	92.70
3... do.	82.80
4... Bad. Anl. v. 1901 rklb. ab 09	100.20
4... do. v. 08 u. 09 uk. b. 1918	100.60
4... Bad. Anl. v. 1911 uk. b. 1921	—.—
3½ do. abgest. (ff)	97.—
3½ do. abgest. (R)	93.50
3½ do. v. 1886 abgest.	—.—
3½ do. v. 1892 u. 1894	92.80
3½ do. v. 1900 kdb. ab 1905	91.—
3½ do. v. 1902 kdb. ab 1910	90.60
3½ do. v. 1904 u. 1 bis. b. 1912	90.60
3½ do. v. 1907 unkdb. b. 1915	90.60
3... do. v. 1896	—.—
4... Bayr. Ablösungsrente	100.10
4... do. C.-B.-Anl. kdb. ab 06	100.95
4... do. C.-B. u. A. A. unk. b. 15	—.—
4... do. C.-B. u. A. A. unk. b. 18	101.40
4... do. C.-B. u. A. A. unk. b. 20	101.80
3½ do. C.-B. u. Allg. Anl.	93.60
3½ do. Landeskultur-Rente	—.—
3... Bayr. C.-B. Anl.	80.70
4... do. Pfälz. C.-B. Priorität	100.40
3½ do.	91.40
3½ do. (konv.) u. v. 1895	—.—
3½ Bremer v. 1888, 92, 99	—.—
3... do. v. 1896 u. 1902	79.20
3... Elsaß-Lothr. Rente	80.50
4... Hamb. St.-A. am. 1900 u. 09	100.70
4... do. am. v. 1907 unk. b. 15	100.45
4... do. 1908 unk. bis 1918	100.80
4... do. 1909 unkgb. bis 1912	100.55
4... do. 1911 unk. bis 1931	100.80
3½ do. St. Rente	—.—
3½ do. St. Anl. amort. (v. 1887, 91, 93, 99, 1904)	—.—
3... do. v. 1886, 97 u. 1902	—.—
4... Hessen v. 1899 kdb. ab 1909	100.25
4... do. v. 1906 unk. bis 1913	103.40
4... do. v. 1903 u. 1909 uk. b. 1918	101.40
3½ do. v. 06 uk. b. 1913 abgest.	90.10
3½ do.	—.—
3... Hessen v. 06 uk. b. 1913 abgest.	79.50
3... Sächsische Rente	82.90
4... Württemb. unkdb. bis 1915	101.60
3½ do. b. 1875 abgest.	95.—
3½ do. v. 1879/80 abgest.	—.—
3½ do. v. 1881/83 abgest.	—.—
3½ do. v. 1885 abgest.	91.—
3½ do. v. 1885/u. 1887 abgest.	92.60
3½ do. 1888 u. 1889	—.—
3½ do. 1893	—.—
3½ do. 1894	—.—
3½ do. 1895	—.—
3½ do. 1900	99.90
3½ do. 1903	—.—
3... do. 1896	84.—

Städtische Anlehen.

4... Stadt Bad.-B. v. 08 uk. b. 13	—.—
3½ do. 1898 kdb. ab 1903	—.—
3½ do. 1905 kdb. ab 1910	—.—
3... do. 1886	87.70
4... Stadt Bruchsal 09 utgb. b. 14	—.—
3½ do. 1895	89.72
4... do. Durlach (R. d. B. B. 3.)	—.—
3½ do. Ettlingen tilgb. ab 09	91.—
4... do. Freiburg v. 00 kb. ab 05	99.—
3½ do. 1881 u. 84 abg., 88 u. 98	—.—
3½ do. 1903 kdb. ab 1908	—.—
4... do. Heidelberg 1901	—.—
4... do. 1907 unk. bis 1913	—.—
3½ do. 1894	90.50
3½ do. 1903	90.50
3½ do. 1905 kündb. ab 1911	90.50
4... do. Karlsruhe 07 utgb. b. 13	—.—
3½ do. 1900 abgest.	90.70
3½ do. 1902 kdb. ab 1907	91.—
3½ do. 1906 kdb. ab 1908	—.—
3... do. 1886	91.10
3... do. 1889	91.10
3... do. 1896	85.—
3... do. 1897	84.50
3½ do. 1902 (R. d. B. B.-3.)	—.—
3½ do. Lahr 1889	91.50
3½ Stadt Lahr 1902	—.—
3½ do. Lörrach 1905	—.—
3½ do. Offenburg 98 kb. ab 04	—.—
3½ do. 1905 kb. ab 1910	—.—
4... do. Pforzheim 99 kb. ab 04	99.10
4... do. 1901 kdb. ab 1906	—.—
4... do. 1907 unkb. bis 1913	—.—
4... do. 1910 unkb. bis 1915	—.—
3½ do. 1883 abgest. u. 1905	—.—
4... do. Rastatt 08 utgb. b. 18	99.50

Pfandbriefe.

4... Rh. Hyp. Mannheim kb. ab 02	99.30
4... do. kdb. ab 1907	99.30
4... do. unkb. bis 1912	99.30
4... do. unkb. bis 1917	99.50
4... do. unkb. bis 1919	100.10
3½ do.	89.80
3½ do. unkb. bis 1914	89.80
3½ do. Kommunal	91.20

*) Der Kursbericht enthält die Kurse einer Auswahl mündelsicherer Wertpapiere nach der Veröffentlichung der Frankfurter Börse.

Baer & Elend

Karlsruhe i. B. Bankgeschäft Karl Friedrichstr. 26

Coulante Erledigung aller bankgeschäftlichen Transaktionen.

A.361.26

Basler Handelsbank in Basel und Zürich

(gegründet 1863).

Volleingezahltes Aktienkapital 20000000 Franken
Reservefonds 10000000 Franken

Reichsbankgirokonto: Lörrach, Postscheckkonto Nr. 1122 in Karlsruhe

Kapitalanlagen, Börsenaufträge, Verwaltung von Wertpapier-Depots,

Billigste Bevorschussung von Börsenpapieren,

Einräumung kommerziellen Kredits, Übernahme von Obligations-Anleihen.

4½% Kassa-Obligationen mit 3—5 jähriger Laufzeit.

A.36.15 Adresse für Briefe aus Deutschland:

Basler Handelsbank, Postfach St. Ludwig im Elsass.

Bankhaus

Alfred Seeligmann & Co.

Telephon 186 Karlsruhe i. B. Postscheck-Konto 461

Kaiserstrasse 96 A.241.27

besorgt alle bankgeschäftlichen Angelegenheiten prompt und erteilt jede gewünschte Auskunft über Wertpapiere.

Bürgerliche Rechtspflege.

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

R.403.2.1 **Karlsruhe.** Der entmündigte **Gottfried Bruder** in Strohbach, vertreten durch seinen Vormund, Waisenrat Gottfried Bruder in Strohbach, klagt gegen den Rechtsagenten **Franz Fehr**, früher in Gengenbach, zuletzt hier wohnhaft, zurzeit an unbekannten Orten abwesend, unter der Behauptung, daß der Beklagte ihm aus Vertretung in einem Rechtsstreit noch 38 Mark, die er für ihn eingezogen habe, schuldig sei, mit dem Antrage auf Verurteilung zur Bezahlung von 38 M., nebst 1.35 M. Kosten und zur Tragung der Kosten des Arrestverfahrens und dieses Rechtsstreits.

Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird der Beklagte vor das Großh. Amtsgericht in Karlsruhe, I. Stock, Zimmer Nr. 8, auf

Donnerstag, 26. Oktbr. 1911, vormittags 9 Uhr,

geladen.

Karlsruhe, 30. Aug. 1911.

Der Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts A II.

R.411. **Pforzheim.** Im Konkursverfahren über das Vermögen des **Eugen Stamer** in Pforzheim ist Termin zur Abstimmung über den vom Gemeinschuldner gemachten Zwangsvergleich bestimmt auf

Samstag, 7. Oktober 1911, vormittags 9 Uhr,

vor Großh. Amtsgericht, hier, Zimmer Nr. 19.

Der Vergleichsvorschlag und die Erklärung des Konkursverwalters liegt auf der Gerichtsschreiberei auf.

Pforzheim, 30. Aug. 1911.

Gerichtsschreiberei Gr. Amtsgerichts A IV.

Konkurseröffnung.

R.413. Nr. 12040. **Säckingen.** Über das Vermögen der Landwirt **Wendelin Steinebrunner Ehefrau Marie geb. Kaiser** in Hornberg, wurde heute am 31. August 1911, nachmittags 3 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Kaufmann Wilhelm Baldinger in Säckingen wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 21. September 1911 bei Großh. Amtsgerichte Säckingen anzumelden.

Es ist Termin anberaumt vor dem Großh. Amtsgerichte hierselbst zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände sowie zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Freitag, 29. September 1911, vormittags 11 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufgegeben, nichts an die Gemeinschuldnerin zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 21. September 1911 Anzeige zu machen.

Säckingen, 31. Aug. 1911.

Gerichtsschreiberei Gr. Amtsgerichts.

b. Freiwillige Gerichtsbarkeit.

R.375.2.1. **Staufen.** Die Konrad Gemp Ehefrau Franziska geborene **Bihlmann** in Krozingen, hat beantragt, die verschollenen

1. **Franz Xaver Bihlmann**, geboren am 26. Oktober 1831 in Krozingen,
2. **Wilhelm Bihlmann**, geboren am 26. Januar 1836 in Krozingen,
3. **Heinrich Bihlmann**, geb. am 1. März 1838 in Krozingen, zuletzt wohnhaft in Krozingen, für tot zu erklären.

Die bezeichneten Verschollenen werden aufgefordert, sich spätestens in dem auf

Mittwoch, 27. März 1912, vormittags 9 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod der Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotstermine dem Gericht Anzeige zu machen.

Staufen, 14. August 1911.

Der Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts.